

42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 22.11.2017
Tagesordnungspunkt: A Aussprache Bundestagswahl

- 1 Die Bundestagswahl hat ein Ergebnis ohne eindeutige politische Mehrheitsverhältnisse
- 2 erbracht. Dabei haben wir uns nach einem harten Wahlkampf mit dem bisher zweitbesten
- 3 Ergebnis unserer Geschichte behauptet. Unsere Ziele, ein deutlich zweistelliges Wahlergebnis
- 4 zu holen und dritte Kraft zu werden, konnten wir leider nicht erreichen. Doch gerade in den
- 5 letzten Tagen vor der Wahl konnten wir noch mal sehr viele Bürgerinnen und Bürger für uns
- 6 gewinnen. Besonders stark haben wir bei Frauen und jungen Menschen abgeschnitten. Darauf
- 7 wollen wir aufbauen und mit neuer Kraft dran gehen, mehr Menschen für grüne Politik und die
- 8 Demokratie zu begeistern. Ganz herzlichen Dank an alle unsere Wahlkämpferinnen und
- 9 Wahlkämpfer, die mit vollem Einsatz in diesen Wahlkampf gegangen sind.
- 10 Unsere Wählerinnen und Wähler haben sich mit ihrer Stimme für echten Klimaschutz,
- gelingende
- 11 Integration in einer offenen und freien Gesellschaft, soziale Gerechtigkeit und ein starkes,
- 12 solidarisches Europa ausgesprochen. Das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler ist uns
- 13 Verpflichtung, mit vollem Einsatz für diese Ziele zu kämpfen, für unsere Werte einzustehen
- 14 und Verantwortung für das Gelingen unserer Demokratie zu übernehmen.
- 15 Zu dieser Verantwortung gehört für uns auch die Bereitschaft, bei unklaren
- 16 Mehrheitsverhältnissen eine stabile Regierungskoalition zu bilden. Aus dieser Verantwortung
- 17 heraus haben wir mit CDU, CSU und FDP Sondierungsgespräche geführt. Diese Sondierungen
- haben
- 18 sich erwartungsgemäß als sehr schwierig herausgestellt. Wir haben sehr ernsthaft und
- 19 ausdauernd über eine Zusammenarbeit von Parteien verhandelt, die inhaltlich weit auseinander
- 20 liegen.
- 21 Wir danken unserer Sondierungsgruppe unter der Leitung von Katrin Göring-Eckardt und Cem
- 22 Özdemir für ihren Einsatz. Sie hat standfest, geschlossen und mit großer Ernsthaftigkeit
- 23 verhandelt. Sie hat Brücken gebaut zwischen unseren Positionen und denen der anderen, um so
- 24 zu Kompromissen zu gelangen, die unser Land voranbringen. Denn wir Grüne kämpfen für
- 25 Fortschritt, damit dieses Land ökologischer, gerechter und weltoffener wird.
- 26 Weil wir wirklich etwas erreichen wollten, sind wir auf der Suche nach Kompromissen auch an
- 27 unsere Schmerzgrenzen gegangen, mitunter auch darüber. Die Sondierungsgruppe hat
- Positionen
- 28 und Kompromissmöglichkeiten immer wieder gründlich diskutiert und in der Gesamtschau auf
- der
- 29 Grundlage unserer Werte und Ziele abgewogen, bevor sie auf den Verhandlungstisch gelegt
- 30 wurden. Dabei galt stets das Prinzip: „Nichts ist geeinigt, bevor nicht alles geeinigt ist.“
- 31 Alle Einigungsperspektiven in Teilbereichen und alle Kompromissangebote standen immer unter
- 32 dem Vorbehalt einer für uns tragfähigen Gesamteinigung.

33 Am letzten Wochenende der Sondierungen zeichnete sich ein Gesamtpaket ab, das es allen
34 Partnern wahrscheinlich ermöglicht hätte, die Sondierungen abzuschließen. Wir waren einer
35 Einigung nahe und hätten viel erreichen können, vom Kohleausstieg über eine nachhaltige
36 Landwirtschaft, die Bekämpfung von Kinderarmut, die Eingrenzung von Rüstungsexporten bis
zum
37 Familiennachzug für subsidiär Geschützte. Eine solche Einigung hätte auch harte und
38 schmerzhaft Kompromisse beinhaltet, zum Beispiel in der Flüchtlings-, Außen-, Europa- oder
39 Steuerpolitik. Die Entscheidung, dieses Gesamtpaket zu bewerten und Koalitionsverhandlungen
40 aufzunehmen, hätte dann bei der BDK gelegen.

41 Es ist gutes Recht aller beteiligten Parteien, ein solch schwieriges Bündnis nicht
42 einzugehen. Es gibt keinen Automatismus zu einer Regierungsbeteiligung. Zu einem Zeitpunkt,
43 in dem eine Einigung so greifbar wie noch nie während der Sondierungen war, brach die FDP
44 die Gespräche inhaltlich unbegründet und nicht verantwortlich ab. Es fehlte der FDP offenbar
45 der Mut zur Einigung und damit der Mut zur Übernahme von Verantwortung.

46 Deutschland befindet sich nun in einer Lage, die es so nach einer Bundestagswahl noch nie
47 gegeben hat. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier kommt in dieser Situation eine
48 bedeutende Rolle zu. Wir Grüne sind und bleiben gesprächsbereit. Unsere Grundlage ist unser
49 Wahlprogramm, verdichtet im Zehn-Punkte-Plan.

50 Der Wahlkampf und der Sondierungsprozess haben gezeigt, dass unser eigenständiger Kurs
51 trägt, gerade angesichts eines sich auffächernden Parteiensystems. Dabei haben wir einen
52 klaren Gestaltungsanspruch. Wir regieren derzeit in neun Ländern in acht verschiedenen
53 Konstellationen - mit einer klaren Verortung als ökologische, emanzipatorische Partei der
54 linken Mitte. Diese Verortung hat uns Kraft und Klarheit im Wahlkampf und den Sondierungen
55 gegeben. Als Partei der linken Mitte werden wir auch die anstehenden Herausforderungen
56 angehen. Wir werden mit ganzer Kraft den Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen suchen und
57 verstärken.

58 Es braucht Mut zu Veränderungen, um unser Land, ein solidarisches Europa und eine gerechte
59 Welt voranzubringen. Es kann wahrlich keine Rede davon sein, dass es zwischen den Parteien
60 keine Unterschiede mehr gibt. Das haben diese harten Verhandlungen sehr deutlich gemacht.
61 Herausforderungen löst nicht, wer bloß über Erfolge von gestern redet und sich darauf
62 ausruht. Wir wollen Fortschritt erkämpfen. Mit vielen Verbündeten. Auch für diejenigen, die
63 noch nicht an ihm teilhaben. Deshalb übernehmen wir Verantwortung für das Klima und die
64 Umwelt. Für gelingende Integration sowie Humanität und Ordnung in der Flüchtlingspolitik.
65 Für den Zusammenhalt in einem Land, in dem sich jede und jeder verwirklichen kann. Für ein
66 starkes Europa und eine gerechte Welt. Wir waren in den Sondierungen bereit, Kompromisse
67 einzugehen, um diese schwierige Zusammenarbeit der Parteien möglich zu machen. Dabei war
68 immer klar, dass wir nicht 100% Grün werden durchsetzen können. Aber das heißt im
69 Umkehrschluss nicht, dass wir nicht mehr für unsere Überzeugungen eintreten. Das Gegenteil
70 ist der Fall: Wir waren bereit, Kompromisse zu machen, weil diese Schritte in die richtige
71 Richtung gewesen wären. Sollte es erneute Sondierungsgespräche geben, würden wir diese
72 erneut auf der Grundlage unserer im Wahlprogramm beschlossenen Kernvorhaben und Ziele
73 führen.

74 Wenn es zu Neuwahlen Anfang 2018 kommen sollte, wird der Bundesvorstand beauftragt, eine
75 Aktualisierung der Präambel des Bundestagswahlprogramms und des 10-Punkte-Plans bis zur

BDK

76 im Januar vorzunehmen und dieser vorzulegen.

Begründung

mündlich

Begründung der Dringlichkeit: Der Antrag konnte erst nach Antragsschluss eingereicht werden, weil er sich auf das Ergebnis der Sondierungen bezieht. Entsprechend haben wir den Antrag in der Einladung zur BDK angekündigt.

Sondierungsgespräche für eine schwarz-grüne Minderheitsregierung aufnehmen



42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Gremium: Kreisverband Görlitz
Beschlussdatum: 20.11.2017
Tagesordnungspunkt: A Aussprache Bundestagswahl

- 1 Der Bundesvorstand und die Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl werden aufgefordert, mit der
- 2 CDU und der CSU Sondierungsgespräche zur Bildung einer schwarz-grünen Minderheitsregierung
- 3 aufzunehmen auf der Grundlage der Ergebnisse der bisherigen "Jamaika"-Sondierungsgespräche.

Begründung

Nach dem Platzenlassen der "Jamaika"-Sondierung durch die FDP und der Weigerung der SPD, die Große Koalition fortzusetzen, besteht praktisch nur die Alternative zwischen der Bildung einer Minderheitsregierung und Neuwahlen, bei denen nach heutigem Kenntnisstand aber keine andere Konstellationen herauskommen werden als zur Zeit.

Minderheitsregierungen hat es auf Bundesebene in Deutschland noch nicht gegeben, sind aber in anderen Ländern (z.B. in Skandinavien und den Niederlanden) durchaus üblich. Die Kanzlerin würde dann im 3. Wahlgang mit einfacher Mehrheit bei Enthaltung zumindest einer anderen Bundestagsfraktion gewählt werden. Für konkrete Gesetzesvorhaben muss dann jeweils um Unterstützung anderer Fraktionen geworben werden.

Sowohl bei einer schwarz-gelben als auch einer schwarz-grünen Minderheitsregierung könnte jede der anderen Fraktionen zur Mehrheitsbeschafferin werden.

Eine Zusammenarbeit mit der CSU und dem rechten Flügel der CDU ist schwer vorstellbar, wie dies gerade auch die Verhandlungen über die Flüchtlingspolitik gezeigt haben. Diese Situation wäre aber bei "Jamaika" auch nicht besser. Andererseits bietet eine Regierung ohne FDP auf jeden Fall größeren finanziellen Spielraum für soziale, Infrastruktur- und Klimaschutzmaßnahmen, da der Soli dann wohl bestehen bleiben und auch eine solidarischere Europapolitik möglich würde.

Die parallel zu den Sondierungsgesprächen stattgefundenen Klimaverhandlungen in Bonn haben nochmal die drängende Notwendigkeit deutlich gemacht, gerade den Klimaschutz stark zu beschleunigen. Was dazu auf "Jamaika"-Ebene diskutiert wurde, ist als deutscher Anteil bei weitem nicht ausreichend genug. Aber die ebenfalls gleichzeitigen Verhandlungen auf EU-Ebene über CO₂-Reduzierungen im Verkehrsbereich, die auf Druck der deutschen Regierungsvertreter stark verwässert wurden, zeigen, dass ohne eine grüne Regierungsbeteiligung eine Einhaltung der Pariser Klimaziele völlig unreal wird.

Trotz aller zu erwartenden Schwierigkeiten sollte daher die Möglichkeit einer schwarz-grünen Minderheitsregierung mit CDU und CSU sondiert werden. Die Ergebnisse sind dann einer grünen

BDK bzw. den Mitgliedern zur Entscheidung vorzulegen, wie dies auch mit "Jamaika"-Ergebnissen vorgesehen war.

Begründung der Dringlichkeit:

Auf Grund des Platzens der "Jamaika"-Sondierung am Sonntag sowie aufgrund der Ergebnisse und Erfahrungen aus den Sondierungsgesprächen ist eine neue Situation entstanden, die vor Ende der Antragsfrist für reguläre Anträge zur BDK nicht absehbar war und eine neue Entscheidungsbildung in der BDK notwendig macht.

42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Gremium: KV Nürnberg
Beschlussdatum: 16.11.2017
Tagesordnungspunkt: A Aussprache Bundestagswahl

- 1 Sollten die Sondierungsgespräche oder die Koalitionsverhandlungen scheitern, versuchen die
- 2 Grünen auf der Basis des 10-Punkte-Programms im Bundestag eine demokratische,
- 3 fraktionsübergreifende Plattform von Abgeordneten zu schaffen und unterstützen bei der Wahl
- 4 zur Kanzler*in im Bundestag die/den Kanzlerkandidat*in, die/der das Grüne 10-Punkte-
- 5 Programm
- in das Regierungsprogramm aufnimmt.

Begründung

Im Gegensatz zu den Parlamenten anderer Länder kann sich der Deutsche Bundestag nicht selbst auflösen und Neuwahlen ansetzen. Es gibt also keinen Neuwahlautomatismus nach gescheiterten Koalitionsverhandlungen. Neuwahlen kann nur der Bundespräsident ansetzen, wenn entweder die sogenannte Vertrauensfrage im Bundestag gescheitert ist oder bei neu konstituiertem Bundestag nach mindestens 3 Kanzlerinnenwahlgängen in der 3. Wahlphase niemand die absolute Mehrheit erreicht hat.

Doch auch in diesen Fällen ist der Bundespräsident nicht dazu gezwungen Neuwahlen auszurufen. So kann der Bundespräsident nach der 3. Wahlphase die Person zur Kanzlerin ernennen, die im Bundestag die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte. Die Bildung einer Minderheitenregierung ist somit auch ohne Zustimmung des Bundestags möglich. Nach den aktuellen ablehnenden Äußerungen des Bundespräsidenten zu Neuwahlen ist davon auszugehen, dass er das als eine Möglichkeit von mehreren ernsthaft in Erwägung zieht.

Ebenso sind Neuwahlen aktuell in der Bevölkerung zurecht unbeliebt. Es ist nicht erkennbar, dass Neuwahlen ein „besseres“ Ergebnis brächten, im Sinne derer die Neuwahlen anstreben. Ganz abgesehen davon ist es Anmaßung gegenüber den Wähler*innen und der Demokratie so lange wählen zu lassen, bis einem das Ergebnis passt. In solchen Fällen ist bei Neuwahlen die Gefahr von unterschiedslosen „Denkzetteln“ gegenüber allen demokratischen Parteien groß, egal ob sie an den Neuwahlen schuld waren oder nicht. Wem alles egal ist, wählt oft radikal autoritär. Das kann niemals in unserem Sinn von uns Grünen sein!

Es muss deshalb unsere Aufgabe von uns Grünen sein kreativ und mutig Ideen zur Umsetzung des Auftrags unserer Wähler*innen – die Bildung einer möglichst Grünen Regierung zur Umsetzung unsere Grünen Ziele – dem 10-Punkte-Plan Denn: Wir können uns nicht zurück lehnen. Es gibt keinen Planet B.

Alle nun denkbaren Wege zur Regierungsbildung sind in der Bundesrepublik „Neuland“ und nur weil sie unkonventionell oder unwahrscheinlich erscheinen, sind sie deswegen noch lange nicht schlecht. Die Option der Minderheitsregierung mit Verweis auf Skandinavien ist derzeit in aller Munde. Es gäbe jedoch auch die Möglichkeit im Bundestag fraktionsübergreifend Abgeordnete für eine gemeinsame Werteplattform zu einer Mehrheit von Abgeordneten zu vereinen. In

angelsächsischen Ländern mit geringerer Parteienbindung der Abgeordneten ist dies eine häufiger gelebte Praxis.

Dem Bundestag als Herzkammer der parlamentarischen Demokratie in Deutschland täte es auch einmal gut, wenn nun statt der abseits des Bundestags gescheiterten Sondierungsgespräche nun mitten im Bundestag sich eine Mehrheit von Abgeordneten auf Basis von gemeinsamen Zielen und Werten bildet, die Regierungsbildung also in offener Debatte mitten im Bundestag geschieht. Der Grüne Vorstoß den Kohleausstieg unabhängig von einer Regierungsbildung jetzt im Bundestag zu beschließen passt nahtlos in diesen Ansatz und böte einen guten Auftakt dafür.

Selbst wenn der wahrscheinliche Fall eintritt, dass der Fraktionszwang der Parteien, die derzeit leichtfertig auf Neuwahlen zusteuern, so groß ist dass auch auf diesem Wege keine absolute Mehrheit zustande käme: Es bräuchte sie wie gesagt noch nicht einmal unbedingt zur Regierungsbildung. Und selbst wenn die Option der Minderheitenregierung aufgrund einer angedrohten absoluten Blockade der anderen handlungsunfähig wäre, sollten sich diese Parteien so eine egozentrische Haltung erst einmal trauen.

Denn: Wer in dieser Phase als destruktiver nur auf seinen eigenen Vorteil bedachter Blockierer da steht, wird von den Wähler*innen bei Neuwahlen abgestraft werden. Wenn wir Grünen in dieser Phase der zwingend vorgeschriebenen Kanzlerinnenwahlversuche lösungsorientiert nach Mehrheiten für unsere Grünen Inhalte suchen, können wir nur gewinnen, egal wie es ausgeht.

Darum: Content is Kanzler*in!

Begründung der Dringlichkeit:

Der Antragschluss für reguläre Anträge zur BDK war der 14. September, also noch vor der Bundestagswahl. Ein Antrag zum weiteren Verfahren der Koalitionsverhandlungen bevor das Ergebnis der Bundestagswahl bekannt ist, ist nahezu undurchführbar und wäre mit großer Wahrscheinlichkeit von der Geschichte ohnehin überholt. Die Antragsfrist für reguläre Anträge zu diesem Thema konnte somit aus sachlichen Gründen nicht eingehalten werden. Die BDK zu Koalitionsverhandlungen musste zudem aufgrund der komplexen Verhandlungen nach der Wahl vom Bundesvorstand kurzfristig verschoben werden.

Nach den gescheiterten Sondierungen zu Jamaika müssen wir Grünen jetzt überlegen wie wir weiter vorgehen. Der Antrag behandelt ein aktuelles dringendes Thema, das nicht erst auf der nächsten regulären BDK behandelt werden kann. Somit ist die Dringlichkeit des Antrags für die BDK am 25. November 2017 gegeben.

Abschluss der Sondierungsgespräche mit der Union mit der Option, Koalitionsverhandlungen für eine schwarz-grüne Minderheitsregierung einzugehen.



42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in: Frithjof Rittberger (Tübingen KV)
Tagesordnungspunkt: A Aussprache Bundestagswahl

- 1 Die Bundesdelegiertenkonferenz möge beschließen: Das Sondierungsteam zur Aufnahme von
- 2 Koalitionsverhandlungen soll die bereits begonnenen und am 19.11.2017 von der FDP
- 3 verlassenen Sondierungsgespräche mit den Unionsparteien zum Abschluss bringen und dadurch
- 4 eine Grundlage für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen schaffen. Über die Aufnahme
- 5 von Koalitionsverhandlungen mit dem Ziel einer Minderheitsregierung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 6 und CDU/CSU entscheidet zeitnah die nächste Bundesdelegiertenkonferenz, über die Annahme
- 7 des Koalitionsvertrags wird per Mitgliederentscheid entschieden. Parallel dazu sollen Gespräche
- 8 mit der SPD zur Tolerierung einer stabilen Regierung geführt werden.

Begründung

Da die inhaltlichen Grundlagen und die politische Bereitschaft von Unionsparteien und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach wie vor eine gemeinsame Regierungsbildung ermöglichen, andere Optionen aber derzeit ausgeschlossen werden, soll diese Chance zugleich auch als Wählerauftrag zur Regierungsbildung wahrgenommen werden. Neuwahlen können am Ende dieses Bemühens stehen, sollten aber nicht von vorneherein zur Aufgabe der gegebenen Möglichkeiten verleiten.

Begründung der Dringlichkeit:

Nachdem in den Jamaika-Sondierungen bis zum 19.11. eine Einigung knapp bevorstand und die verbleibenden Gesprächspartner BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Unionsparteien CDU/CSU dies auch nach dem Ausscheiden der FDP weiter betonten, halten wir Antragsteller*innen es für dringlich, den greifbar nahen Verhandlungserfolg zu sichern. Insbesondere die Ziele im Bereich Klimaschutz, Verkehr, Landwirtschaft, aber auch das vereinbarte Rüstungsexportverbot an kriegführende Länder dulden aus unserer Sicht keinen Aufschub und sind nur erreichbar, wenn wir unsere Möglichkeiten im Rahmen des gegebenen Wählerauftrags nutzen. Das hart erarbeitete Vertrauen und die Kompromissbereitschaft der Unionsparteien sollte genutzt werden, bevor sie wieder zugunsten anderer politischer Konstellationen ohne grüne Ziele verloren gehen. Wie sehr die Zeit drängt, hat nicht zuletzt die jüngste Klimakonferenz in Bonn gezeigt.

weitere Antragsteller*innen

Inka Bofinger (Bodenseekreis KV); Beate Schmidt-Dickopf (Frankfurt KV); Uwe Janssen (Esslingen KV); Sabine Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); Diana Siebert (Köln KV); Thomas Glowacki (Köln KV); Maximilian Ruta (Köln KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Clemens Breest (Wetterau KV); Anne-Monika Spallek (Coesfeld KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Daniel te Vrugt (Münster KV); Jan Rinke (Münster KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Dieter Schöffmann (Köln KV); Jürgen Roth (Bonn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Claudia Reinke (Herzogtum Lauenburg KV)

Gut aufgestellt in mögliche Neuwahlen



42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in: Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV)
Tagesordnungspunkt: A Aussprache Bundestagswahl

- 1 Wir sind gut aufgestellt in die Bundestagswahl gezogen. Nach der Wahl hat das grüne
- 2 Sondierungsteam gezeigt, dass wir inhaltlich stark sind und geschlossen für unsere Ziele
- 3 eintreten.
- 4 Wir waren [und sind] bereit, ernsthaft an einer Regierungsbildung mitzuwirken. Falls es
- 5 jedoch dazu kommt, werden wir den Geist unserer Geschlossenheit in mögliche Neuwahlen
- 6 mitnehmen.
- 7 Unsere Spitzenkandidat*innen haben Standing und Präsenz bewiesen. Daran wollen wir
- 8 anknüpfen. Inhaltlich können wir weiterhin auf unser bewährtes Programm setzen, ergänzt
- 9 durch einen maximal 20 Seiten umfassenden Wahlauf Ruf, um auf die aktuelle Situation
- 10 reagieren zu können.
- 11 Wir haben gezeigt, dass Grüne für Klimaschutz und Humanität kämpfen können, und werden
- 12 weiter mit Mut und Verstand geschlossen und mit hoher Eigenständigkeit für diese Ziele
- 13 eintreten. Darum geht es!

Begründung

Heute [21.11.] ist noch nicht klar, in welche Richtung es nach dem Abbruch der Jamaika-Sondierungen durch die FDP weitergeht. Falls Neuwahlen die einzige Option sind, die übrig bleibt, sind wir dafür gut aufgestellt. Aus Sicht der Antragsteller*innen ist es weder notwendig, den intensiven, guten, aber auch aufwändigen Programmprozess zu wiederholen, noch eine neue Urabstimmung über Spitzenkandidat*innen durchzuführen. Vielmehr sollten wir den Schwung der Sondierungsgespräche im Fall der Fälle in einen kurzen, aussagerkräftigen Wahlkampf mitnehmen.

Begründung der Dringlichkeit: Aktuelle Ereignisse

weitere Antragsteller*innen

Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Lukas Hartmann (Landau KV); Michael Gerr (Würzburg-Stadt KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Michèle Eichhorn (Düsseldorf KV); Diana Siebert (Köln KV); Marion Gehrke (Harburg-Land KV); Rolf Lange (Berlin-Mitte KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); André Meral (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Michael Oberst (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Björn Bäuchle (Kassel-Stadt KV); Markus Kamrad (Berlin-Pankow KV); Viola von Cramon (Göttingen KV); Jonas Wille (Darmstadt KV)

Andere Alternativen prüfen - Mut zu einer Minderheitsregierung



42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)
Tagesordnungspunkt: A Aussprache Bundestagswahl

- 1 Nachdem die Sondierungsverhandlungen zu „Jamaika“ gescheitert sind, wird der Bundesvorstand
- 2 aufgefordert, alle anderen Alternativen in offenen und konstruktiven Gesprächen mit den
- 3 Vertreter*innen der Parteien zu prüfen. Eine Alternative zu Neuwahlen wäre z. B. die Duldung
- 4 einer CDU/CSU-Minderheitsregierung (ohne direkte grüne Regierungsbeteiligung).

Begründung

Die „Jamaika“-Verhandlungen wurden bisher fälschlicherweise als „alternativlos“ dargestellt und eine Verweigerung würde zwangsweise zu Neuwahlen führen. Neuwahlen haben einen – auch für uns – ungewissen Ausgang, die Gefahr, dass die extremen Kräfte gestärkt werden besteht.

Im Fall einer Minderheitsregierung ohne Grüne Beteiligung könnte es gelingen, uns in der Opposition – da wir ja gebraucht werden – so zu profilieren, dass wir mit einem deutlich besseren Ergebnis rechnen können. Auch hat sich in den Sondierungen gezeigt, dass etliche grüne Positionen durchaus mehrheitsfähig sind, während sich andere leider nicht einmal in Regierungsbeteiligung durchsetzen lassen ...

Zudem haben wir in etlichen Bereichen die Unterstützung der Bevölkerung, wie zum Beispiel beim Kohleausstieg, bei dem eine Mehrheit durchaus bereit ist, das auch mit höheren Kosten zu finanzieren. Die zum Klimaschutz notwendige Energiewende wird weit über das klassisch-grüne Milieu hinaus befürwortet.

Minderheitsregierungen sind auch in anderen Ländern ganz normal, z. B. in den Niederlanden, Spanien, Portugal, Kanada, in skandinavischen Ländern wie Dänemark, Norwegen, Schweden sogar üblich. Anstatt in einer Jamaika-Koalition mit Formelkompromissen und Minimalkonsensen mit Partei- und Fraktionsdisziplin zu regieren, ist es mittels Minderheitsregierung möglich, endlich den Bundestag wieder als oberstes demokratisches Beschlussfassungsorgan zu beleben und demokratische Mehrheiten zu organisieren. Was bei der Ehe für Alle möglich war, kann auch bei anderen Themen demokratische Diskurs- und Entscheidungsprozesse im Parlament befördern und Lobbyismus beenden.

In den vergangenen Legislaturperioden lief das Verfahren einer „Minderheitsregierung“ im Grunde schon bei einer Vielzahl von Entscheidungen, nämlich bei allem, was mit dem Bundesrat gemeinsam entschieden werden musste. DORT gab es seit langem keine „Regierungsmehrheit“. Und es hat funktioniert, mit teilweise sehr guten, fraktionsübergreifenden Konsensbildungen. Minderheitsregierungen sind zum breiten Konsens „genötigt“, nicht unbedingt das Verkehrteste für eine gute und ausgewogene Politik.

Deshalb nur Mut zu einer Minderheitsregierung!

Begründung der Dringlichkeit: Der Antrag konnte erst nach Antragsschluss eingereicht werden, weil er sich auf das Ergebnis der Sondierungen bezieht.

weitere Antragsteller*innen

Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Kristin Kosche (Rhein-Lahn KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Robin Luge (Harz KV); Gerd Kauschat (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Christian Schneider (Fürth-Stadt KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Bernd Frieboese (Berlin-Reinickendorf KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Dorothea Suh (Hamburg-Nord KV); Karl-Otto Porip (Lüchow-Dannenberg KV)

Vorbereiten auf Neuwahlen -Programm



42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)
Tagesordnungspunkt: A Aussprache Bundestagswahl

- 1 Sollte es zu Neuwahlen kommen, so beschließt die BDK, mit einem aktualisierten Programm in
- 2 diesen Wahlkampf zu ziehen. Grundlage ist dabei wie auch für eventuell kommende
- 3 Verhandlungen unser aktuelles, nach wie vor gültiges Wahlprogramm und die „10-Punkte“, was
- 4 allerdings in einzelnen Punkten mit den aktuellen Erkenntnissen überarbeitet werden sollte.
- 5 Beschließen muss dies – im Fall von Neuwahlen – die Januar-BDK. Bei kurzfristig nötigen
- 6 Entscheidungen sind die jeweiligen BAGen in die Beratungen einzubeziehen.

Begründung

Unser Programm muss mit den Erkenntnissen des Wahlkampfes aktualisiert und geschärft werden. Die Aufgabe von grüner Seite von Positionen (u.a. im Klima, Finanz-, Sozial- und Asylbereich) in den Sondierungsgespräche muss in der Partei dringend beraten werden.

Begründung der Dringlichkeit: Der Antrag konnte erst nach Antragsschluss eingereicht werden, weil er sich auf das Ergebnis der Sondierungen bezieht.

weitere Antragsteller*innen

Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV); Kristin Kosche (Rhein-Lahn KV); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Kerstin Dehne (München KV); Gerd Kauschat (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Henry Jensen (Düsseldorf KV); Bernd Frieboese (Berlin-Reinickendorf KV); Dorothea Suh (Hamburg-Nord KV); Horst Schmidt (Main-Kinzig KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Ines Advena (Münster KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Susanne Schröer (Landau KV)

Vorbereiten auf Neuwahlen – Spitzenkandidat*innen



42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)
Tagesordnungspunkt: A Aussprache Bundestagswahl

- 1 Sollte es zu Neuwahlen kommen, so beschließt die BDK, mit neu zu wählenden
- 2 Spitzenkandidat*innen in diesen Wahlkampf zu ziehen.

Begründung

Wir danken unseren bisherigen Spitzenkandidat*innen und allen Verhandler*innen für ihre schwere und aufopferungsvolle Arbeit der letzten Monate. Für einen Neustart in der jetzigen schwierigen politischen Lage brauchen wir jedoch neue Kräfte, auch mit einem deutlichen „Abstand zu Jamaika“. Die bisherige Spitzenkandidat*innen sind nach den letzten Wochen in der deutschen Öffentlichkeit zur sehr in Richtung Jamaika festgelegt. Unsere Satzung schreibt keine Wahl per Urabstimmung verbindlich vor (§24 (7) „Über Spitzenkandidaturen der Bundespartei aus Anlass allgemeiner Wahlen **kann** die Urwahl durchgeführt werden. „) Bei den sich abzeichnenden Zeitplänen wäre eine erneute Urabstimmung nicht machbar.

Begründung der Dringlichkeit: Der Antrag konnte erst nach Antragsschluss eingereicht werden, weil er sich auf das Ergebnis der Sondierungen bezieht.

weitere Antragsteller*innen

Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Kerstin Dehne (München KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Gerd Kauschat (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Bernd Frieboese (Berlin-Reinickendorf KV); Horst Schmidt (Main-Kinzig KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Ines Advena (Münster KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Hermann Stubbe (Steinfurt KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Susanne Schröer (Landau KV)

jetzt A-02 (Sondierungsgespräche für eine schwarz-grüne Minderheitsregierung aufnehmen)



42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

25. November 2017, Berlin

Gremium: Kreisverband Görlitz
Beschlussdatum: 20.11.2017
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

¹ siehe A-02

Die Erde für unsere Kinder und Enkel lebenswert erhalten!



42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

- 1 Die Emission von Kohlendioxid und anderen klimaschädlichen Gasen hat im vergangenen Jahr
- 2 weltweit – entgegen allen Absichtserklärungen – einen noch nie dagewesenen Rekordwert
- 3 erreicht[1]. Die Steigerung des klimaschädlichen Ausstoßes war im Vergleich zum Vorjahr
- 4 ebenfalls so hoch wie nie zuvor. Gleichzeitig nahmen die durch die Erderwärmung bedingten
- 5 Wetterextreme wie Stürme und Überschwemmungen in einem bisher kaum für möglich
- 6 gehaltenen
- 7 Maß zu. Dies weist auf ein Paradoxon, das politisch nicht verantwortbar ist. Aktive
- 8 Gegenmaßnahmen sind unabdingbar.
- 9 Das Klimaziel der Konferenz von Paris, die Erderwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, ist wohl
- 10 nicht mehr zu erreichen. Die Erwärmung um 3 °C ist wahrscheinlicher, mit all den bekannten
- 11 und noch unbekannten Folgen auf unsere Lebensbedingungen. Notwendige Maßnahmen werden
- 12 wider
- 13 besseres Wissens ausgesetzt, verzögert oder durch europäische und deutsche Politik sogar
- 14 verhindert.
- 15 Während in Deutschland seit 1990 die Summe der Klimagase verringert werden konnte, stiegen
- 16 diese im Verkehrssektor überproportional um 15%.[2] Erfolge durch den Ausbau regenerativer
- 17 Energien werden durch emittierende Verbrennungsmotoren[3] wieder aufgefressen. Neuwagen
- 18 verbrauchen im Schnitt 42% mehr Kraftstoff als von den Herstellern angegeben[4]. Die
- 19 Klimapolitik der Vergangenheit erweist sich als Fake. Die Umsatzzahlen der Autoproduzenten
- 20 werden als wichtiger angesehen als saubere Luft und Klimaschutz. Gerade hat der Cheflobbyist
- 21 der Automobilindustrie, Matthias Wissmann, zu Lasten des Klimaschutzes und zugunsten des
- 22 Autokartells schärfere Grenzwerte der EU in Brüssel verhindert.
- 23 Der Flugverkehr ist sträflicherweise bei der Debatte weitgehend außen vor. Dabei liegen hier
- 24 neben dem Straßen- und Schiffsverkehr die größten Probleme. „Der Flugverkehr ... findet kaum
- 25 Beachtung. Noch unerklärlicher wird es, wenn man bedenkt, dass es die Flugzeuge sind, die in
- 26 großen Mengen klimawirksame Gase wie CO₂, NOx und Wasser in die obere Troposphäre, der
- 27 eigentlichen Wetterküche der Erde, tragen“. Die Zunahme der Treibhausgasemissionen des
- 28 Flugverkehrs beträgt seit 1990 weltweit 50%, der des gesamten Verkehrssektors hingegen nur
- 29 23,9%.[5]
- 30 **Bündnis 90/Die Grünen ist nicht bereit, verantwortungslose und selbstzerstörerische**
- 31 **Politik**
- 32 **hinzunehmen oder einer solchen Politik als grünes Feigenblatt zu dienen. Es ist Zeit**
- 33 **zu**
- 34 **handeln. Wir begreifen uns als Anwalt des Klimaschutzes, weil wir künftigen**
- 35 **Generationen ein**
- 36 **Leben auf der Erde ermöglichen wollen.**

32 **Unser Forderungen sind essentiell. An ihnen führt kein Weg vorbei:**

- 33 1. Den Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2030
- 34 2. Das Abschalten der 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke in dieser Legislaturperiode
- 35 3. Den Einstieg in das Ende der Massentierhaltung
- 36 4. Die Reduktion und eine den tatsächlichen Kosten angepasste Verteuerung des
37 Luftverkehrs
- 38 5. Die Ermöglichung und Förderung autofreier Innenstädte sowie die Umsetzung eines
39 Mobilitätskonzeptes, das die Zahl der benötigten Fahrzeuge verringert.
- 40 6. Ein Investitionsprogramm zur Stärkung des öffentlichen Verkehrs
- 41 7. Die Elektrifizierung der Bahn
- 42 8. Ein generelles Tempolimit auch auf Autobahnen
- 43 9. Den Einstieg in den Ausstieg nicht emissionsfreier Verbrennungsmotoren
- 44 10. Den Folgen angemessene Bestrafung von Verstößen gegen klimarelevante Gesetze
45 statt
Sonderrechte für die Automobilhersteller

46 **Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt.**

47 Erstunterzeichner*innen:

48 Susanne Menge, Sprecherin BAG Verkehr
49 Matthias Dittmer, Sprecher LAG Verkehr Berlin
50 Karl-W. Koch, Sprecher LAG Verkehr Rheinland-Pfalz

51 -----

52 [1] s. Treibhausgasbericht der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) in

53 http://www.n-tv.de/der_tag/CO2-in-der-Atmosphaere-erreichte-2016-Rekordwert-

54 [article20109074.html](http://www.n-tv.de/der_tag/CO2-in-der-Atmosphaere-erreichte-2016-Rekordwert-article20109074.html)

55 [2] DW: COP23: Enttäuschung über EU-Klimaplan [http://www.dw.com/de/cop23-klima-verkehr-](http://www.dw.com/de/cop23-klima-verkehr-eu-kommission/a-41305476)
56 [eu-](http://www.dw.com/de/cop23-klima-verkehr-eu-kommission/a-41305476)
[kommission/a-41305476](http://www.dw.com/de/cop23-klima-verkehr-eu-kommission/a-41305476)

57 [3] Kraftfahrtbundesamt: Bestand in den Jahren 1960 bis 2017 nach Fahrzeugklassen

58 [https://www.](https://www.kba.de/DE/Statistik/Fahrzeuge/Bestand/FahrzeugklassenAufbauarten/b_fzkl_zeitreihe.html)

59 [kba.de/DE/Statistik/Fahrzeuge/Bestand/FahrzeugklassenAufbauarten/b_fzkl_zeitreihe.html](https://www.kba.de/DE/Statistik/Fahrzeuge/Bestand/FahrzeugklassenAufbauarten/b_fzkl_zeitreihe.html)

60 [4] s. Studie der International Council on Clean Transportation (ICCT) in Zeit-Online

61 [http://www.zeit.de/mobilitaet/2017-11/studie-icct-benzin-verbrauch-hersteller-angaben-](http://www.zeit.de/mobilitaet/2017-11/studie-icct-benzin-verbrauch-hersteller-angaben-differenz)
62 [differenz](http://www.zeit.de/mobilitaet/2017-11/studie-icct-benzin-verbrauch-hersteller-angaben-differenz)

63 [5] Heise: Treibhausgase gegen Luftschadstoffe

64 <https://www.heise.de/tp/features/Treibhausgase-gegen-Luftschadstoffe-3416159.html>

Begründung

Begründung: erfolgt mündlich

Begründung der Dringlichkeit: Die dem Antrag zugrunde liegende Ereignisse und Erkenntnisse (wie Ergebnisse der COP23 und die Entschärfung der Klimaziele im Verkehrsbereich auf EU-Ebene) erfolgten nach Antragsschluss bzw. waren erst danach zu erlangen.

weitere Antragsteller*innen

Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Ali Demirhan (Herzogtum Lauenburg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Matthias Gräbner (Forchheim KV); Johannes Mihram (Berlin-Mitte KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Martin Eberle (Rhein-Pfalz KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Karin Kahlbrandt (Göttingen KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Kerstin Dehne (München KV); Daniel Jochum (Konstanz KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Robert Levin (Osterholz KV); Theresa Theune (Berlin-Pankow KV); Jonas Keiler (Rostock KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Jutta Wegner (Mecklenburgische Seenplatte KV); Susanne Menge (Oldenburg-Stadt KV); Johannes Klein (Saarbrücken KV); Wolfgang Ehle (Kassel-Land KV); Thomas Wieden (Gera KV); Jörn Jensen (Berlin-Mitte KV); Martin Verlinden (Rhein-Sieg KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Christoph Husemann (Berlin-Kreisfrei KV); Claudia Reinke (Herzogtum Lauenburg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Cornelia Dittrich (Berlin-Pankow KV); Jutta Brodhäcker (Bonn KV); Rica Braune (Weimar-Stadt KV); Andreas Leps (Weimar-Stadt KV); Sebastian Götte (Weimar-Stadt KV); Sonja Gonschorek (Jena KV); Ronald Maltha (Südwestpfalz KV); Jürgen Körber (Oberberg KV); Matthias Kaißling (Mayen-Koblenz KV); Walter Schüschke (Hamburg-Altona KV); Christian Schirmer (Rhein-Erft-Kreis KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Kristin Kosche (Rhein-Lahn KV); Wolfgang Treis (Mayen-Koblenz KV); Ingrid Lambertus (Mainz KV); Cordula Ungruh (Soest KV); Oliver Leuker (Westerwald KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Cornelia Gehlen (Berlin-Neukölln KV); Niclas Ehrenberg (Düsseldorf KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Gregor Kaiser (Olpe KV); Jörg Gehlen (Berlin-Neukölln KV); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Wilhelm Weber-Weingarten (Oberberg KV); Norbert Dick (Schleswig-Flensburg KV); Ines Advena (Münster KV); Matthias Altmann (Weimar-Stadt KV); Christian Stawinsky (Oberberg KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV)

Verbleib der Deutschen Bahn in öffentlichem Eigentum



42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Gremium: KV Konstanz
Beschlussdatum: 12.10.2017
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

- 1 Grünes Essential für die Koalitionsverhandlungen ist der 100%ige Verbleib der Deutschen Bahn
- 2 in öffentlichem Eigentum - und zwar auch aller inländischen Tochtergesellschaften wie DB-
- 3 Fernverkehr, DB-Regio und DB-Cargo.

Begründung

Am 7.11.2017 hat das Bundesverfassungsgericht der Klage der Grünen Bundestagsfraktion auf Auskunftspflicht der Bundesregierung in Bahnfragen Recht gegeben. Und zwar weil sich die Bahn in Bundeseigentum befindet. Ein Verkauf von Teilen der Deutschen Bahn würde diesen großen Grünen Erfolg zunichte machen. Aus diesem Grund ergibt sich eine besondere Dringlichkeit, den Verbleib der Deutschen Bahn im öffentlichen Eigentum in den Koalitionsverhandlungen festzuschreiben.

jetzt A-03 (Content is Kanzler*in)

42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Gremium: KV Nürnberg
Beschlussdatum: 16.11.2017
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

¹ siehe A-03



***jetzt A-04 (Abschluss der
Sondierungsgespräche mit der Union mit der
Option, Koalitionsverhandlungen für eine
schwarz-grüne Minderheitsregierung einzugehen.)***



42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in: Frithjof Rittberger (Tübingen KV)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

¹ siehe A-04

weitere Antragsteller*innen

Inka Bofinger (Bodenseekreis KV); Beate Schmidt-Dickopf (Frankfurt KV); Uwe Janssen (Esslingen KV); Sabine Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); Diana Siebert (Köln KV); Thomas Glowacki (Köln KV); Maximilian Ruta (Köln KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Clemens Breest (Wetterau KV); Anne-Monika Spallek (Coesfeld KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Daniel te Vrugt (Münster KV); Jan Rinke (Münster KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Dieter Schöffmann (Köln KV); Jürgen Roth (Bonn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Claudia Reinke (Herzogtum Lauenburg KV)

jetzt A-05 (Gut aufgestellt in mögliche Neuwahlen)



42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in: Till Westermayer (Breisgau-Hochschwarzwald KV)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

¹ siehe A-05

weitere Antragsteller*innen

Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Lukas Hartmann (Landau KV); Michael Gerr (Würzburg-Stadt KV); Andreas Rieger (Dahme-Spreewald KV); Michèle Eichhorn (Düsseldorf KV); Diana Siebert (Köln KV); Marion Gehrke (Harburg-Land KV); Rolf Lange (Berlin-Mitte KV); Nicolás Lutzmann (Heidelberg KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Daniel Grix (Stuttgart KV); André Meral (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Michael Oberst (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Björn Bäuchle (Kassel-Stadt KV); Markus Kamrad (Berlin-Pankow KV); Viola von Cramon (Göttingen KV); Jonas Wille (Darmstadt KV)

jetzt A-06 (Andere Alternativen prüfen - Mut zu einer Minderheitsregierung)



42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

¹ siehe A-06

weitere Antragsteller*innen

Claudia Laux (Bernkastel-Wittlich KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Kristin Kosche (Rhein-Lahn KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Robin Luge (Harz KV); Gerd Kauschat (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Christian Schneider (Fürth-Stadt KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Bernd Frieboese (Berlin-Reinickendorf KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Beate Ziegenhardt (Jena KV); Ruth Birkle (Karlsruhe-Land KV); Dorothea Suh (Hamburg-Nord KV); Karl-Otto Porip (Lüchow-Dannenberg KV)

jetzt S-10 (Breiter und fachlicher Diskussions- und Arbeitsprozess Einsatz onlinegestützter Entscheidungsverfahren bei Bündnis 90/Die Grünen)



42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in: Malte Spitz (Unna KV)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

¹ siehe S-10

weitere Antragsteller*innen

Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Margarete Prowe (Hamburg-Altona KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Christian Tramnitz (Hochtaunus KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Thomas Künstler (Berlin-Mitte KV); Sara Nanni (Münster KV); Mathias Schindler (Potsdam KV); Thomas von Sarnowski (Ebersberg KV); Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heiko Wundram (Celle KV); Thomas Schäfer (Bremerhaven KV); Wolfram Bartussek (Darmstadt KV); Markus Drenger (Darmstadt KV); Konstantin von Notz (Herzogtum Lauenburg KV); Michael Gerr (Würzburg-Stadt KV); Jörn Pohl (Kiel KV); Patrick Hanft (Hamburg-Altona KV); Moritz Duge (Hamburg-Wandsbek KV); Stefan Christoph (Regensburg-Stadt KV); Joris Mocka (Rhein-Kreis-Neuss KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Verena Osgyan (Nürnberg-Stadt KV); Michael Stehling (München KV); Heiko Lammers (Hamburg-Nord KV); Holger Gundlach (Hamburg-Wandsbek KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Robert Helling (München KV); Corinna Kastl-Breitner (Neustadt-Weinstraße KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Philipp Zeller (Halle KV); Torsten Leveringhaus (Darmstadt-Dieburg KV); Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV); Helge Wilker (Hannover RV); Angela Rühle (Frankfurt KV); Johanna Meier (Hamburg-Altona KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Levin Velt (Halle KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Marion Gehrke (Harburg-Land KV); Dominik Ach (Donau-Ries KV)

Ausführliche Wahlanalyse leisten und Schlussfolgerungen ziehen



42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

- 1 Die BDK fordert den BuVo auf, ein parteiinternes Untersuchungsgremium einzusetzen, dass den
- 2 Wahlkampf analysiert, die Wahlergebnisse auswertet und daraus Konsequenzen für kommende
- 3 Wahlen ableitet. Die Ergebnisse sind der BDK im Januar vorzulegen und daraus ableitbare
- 4 Schlussfolgerungen in BDK-Entscheidungen umzusetzen. Dieses Gremium ist zur Hälfte mit
- 5 Nicht-Mandatierte, nicht einer Regierung oder einem BuVo oder LaVo angehörigen Mitgliedern
- 6 bzw. nicht mit Mitarbeiter*innen aus diesem Kreis zu besetzen. Die Entscheidungen des
- 7 Gremiums sollen mit 2/3-Mehrheit getroffen werden, Minderheitsvoten sind festzuhalten und zu
- 8 kommunizieren.

Begründung

Nur die Zuspitzung auf „Platz 3“ hat ein noch akzeptables Ergebnis erbracht, bei einer Zuspitzung auf einen offenen Zweikampf zwischen den beiden Volksparteien wären die Grünen wie auch die anderen kleineren Parteien außer der AfD zerrieben worden. Dies droht aber bei der nächsten Wahl.

Daher müssen wir unserer Aufgabe gerecht werden und eine klare, offene und nachvollziehbare Kommunikation betreiben und unsere Fehler offen analysieren und kommunizieren. DAS wird von unseren Wähler*innen erwartet. So ist festzuhalten, dass wir auf Platz 6 (und damit dem letzten) der Parteien im Bundestag gelandet sind und somit im „linken Lager“ nur auf Platz 3, im „rechten Lager“ sogar nur auf Platz 4 gelandet sind. Es ist also zu hinterfragen, ob das „Offenhalten aller Option“ sinnvoll war.

Auch im Nicht-Wähler*innenlager haben wir mit Abstand die schlechteste Mobilisierung erreicht, die Gründe hierfür müssen ebenfalls untersucht werden.

Begründung der Dringlichkeit: Der Antrag konnte erst nach Antragsschluss eingereicht werden, weil er sich auf das Ergebnis der Sondierungen bezieht.

weitere Antragsteller*innen

Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Kristin Kosche (Rhein-Lahn KV); Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Kerstin Dehne (München KV); Gerd Kauschat (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Henry Jensen (Düsseldorf KV); Bernd Frieboese (Berlin-Reinickendorf KV); Dorothea Suh (Hamburg-Nord KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Ines Advena (Münster KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Susanne Schröer (Landau KV)

jetzt A-07 (Vorbereiten auf Neuwahlen - Programm)



42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

¹ jetzt A-07

weitere Antragsteller*innen

Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Matthias Dittmer (Berlin-Kreisfrei KV); Kristin Kosche (Rhein-Lahn KV); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Kerstin Dehne (München KV); Gerd Kauschat (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Henry Jensen (Düsseldorf KV); Bernd Frieboese (Berlin-Reinickendorf KV); Dorothea Suh (Hamburg-Nord KV); Horst Schmidt (Main-Kinzig KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Ines Advena (Münster KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Susanne Schröer (Landau KV)

jetzt A-08 (Vorbereiten auf Neuwahlen – Spitzenkandidat*innen)



42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

¹ jetzt A-08

weitere Antragsteller*innen

Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Kerstin Dehne (München KV); Klaus Kienle (Coesfeld KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Gerd Kauschat (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Bernd Frieboese (Berlin-Reinickendorf KV); Horst Schmidt (Main-Kinzig KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Ines Advena (Münster KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Hermann Stubbe (Steinfurt KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Susanne Schröer (Landau KV)

Krieg dem Kriege – Keine Aufrüstung mit den Grünen!



42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in: Gerd Kauschat (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

- 1 China, Russland und die USA modernisieren ihr Atomwaffenarsenal, entwickeln neue
Atomraketen
- 2 und stehen sich zunehmend säbelrasselnd gegenüber. US-Atombomber sind erstmals seit 1991
- 3 wieder in 24h-Bereitschaft. Donald Trump stößt wüste Drohungen gegen Nordkorea und den Iran
- 4 aus. Saudi-Arabien zündelt im nahen Osten.
- 5 Es ist nicht mehr zu übersehen: Die Welt befindet sich in einer neuen Rüstungs- und
- 6 Gewaltspirale. Anstatt die wirklichen globalen Probleme wie Klimawandel, Artensterben,
- 7 Überbevölkerung, Hunger etc. konsequent anzugehen, werden wieder Unsummen für Rüstung
und
- 8 Krieg ausgegeben. Die Auftragsbücher der Rüstungsindustrie sind voll und füllen sich weiter.
- 9 Als ob die Welt nicht schon genügend Probleme hätte.
- 10 Die Grünen sind wesentlich aus der Wahrnehmung der globalen Probleme und der
- 11 Friedensbewegung entstanden. Damit stehen wir in einer besonderen Verantwortung, uns der
- 12 zunehmenden Militarisierung der internationalen Beziehungen und der damit verbundenen
- 13 Aufrüstung entgegenzustellen. Eine grüne Außenpolitik setzt auf die friedliche Lösung der
- 14 globalen Probleme, sie bekämpft den Klimawandel, sie setzt sich gegen das Artensterben und
- 15 den Hunger in der Welt ein – für eine weitere, menschengemachte Geißel wie den Krieg ist in
- 16 einer solchen Politik kein Platz. Zukunft wird aus Mut gemacht, nicht aus Panzern, Kanonen
- 17 und Kriegsgeschrei!
- 18 Transatlantisch wird kräftig aufgerüstet und neue Befehlszentren, auch in Deutschland,
- 19 geplant. Europäisch werden neue „Verteidigungs“-Pläne geschmiedet und die
- 20 Straßeninfrastruktur kriegstauglich gemacht. Die NATO fordert eine Erhöhung der
- 21 Rüstungsausgaben von ihren Mitgliedern. In den Sondierungsverhandlungen war schon von
einer
- 22 „Ertüchtigung“ (=Aufrüstung) der Bundeswehr die Rede.
- 23 Wir stellen uns dem aufkommenden Militarismus klar entgegen. Mit uns wird es, egal ob in der
- 24 Regierungsverantwortung oder der Opposition, keine neue Aufrüstungswelle in Deutschland
geben. Wir sind dem Planeten Erde und der Menschheit verpflichtet, nicht den Bilanzen von
- 26 Rüstungskonzernen und den Macht- und Kriegsfantasien politischer und wirtschaftlicher
- 27 Akteure.
- 28 Die Grünen stellen sich, egal ob in Regierung oder Opposition, gegen **jede** Erhöhung des
- 29 Rüstungshaushalts. Der Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbot ist für uns eine
- 30 überfällige Selbstverständlichkeit. Ebenso sind neue NATO Kommando- und Logistikzentren und
- 31 andere Kriegsertüchtigungen des Landes mit uns nicht zu machen. Das Geld für die Aufrüstung
- 32 gehört in die Rettung des Planeten, in die Bekämpfung von Armut und Hunger, in den

- 33 Klimaschutz und die Bildung gesteckt – die Geißel des Krieges darf nicht zum Sargnagel
34 unseres Planeten werden.
35 Nie wieder Krieg!

Begründung

Während der Sondierungsverhandlungen ging es in Sachen Aufrüstung, Eskalation und Kriegsvorbereitung Schlag auf Schlag. Die Eskalation rund um Nordkorea und den Iran, die Wiederaufnahme der 24-Stunden-Bereitschaft für US-Atombomber, die Eskalation im Libanon durch Saudi-Arabien, Pläne zur Errichtung eines neuen NATO-Logistikhauptquartiers in Deutschland, der EU-Aktionsplan zur militärfreundlichen Erneuerung des Straßennetzes, die Diskussionen um eine militärische Schengenzone, all dies fand während der Sondierungsgespräche statt.

Hieraus begründet sich auch die Dringlichkeit des Antrags. Es ist höchste Zeit, aufzuwachen, und sich dieser Entwicklung mutig entgegenzustellen!

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

weitere Antragsteller*innen

Günter Six (Darmstadt-Dieburg KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Milan Aljoscha Schröder (Main-Taunus KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ingrid Bäumlner (Mayen-Koblenz KV); Henry Jensen (Düsseldorf KV); Cornelia Gehlen (Berlin-Neukölln KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Karin Kahlbrandt (Göttingen KV); Kerstin Dehne (München KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Ines Advena (Münster KV); Jacob Zellmer (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Carlos Echegoyen (Bonn KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Reinhard Bayer (Gießen KV)

jetzt V-08 (Kein Abholzen des Hambacher Waldes durch RWE Tagebau Hambach)



42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in: Oliver Krischer (Düren KV)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

¹ siehe V-08

weitere Antragsteller*innen

Mona Neubaur (Düsseldorf KV); Annalena Baerbock (Potsdam KV); Wibke Brems (Gütersloh KV); Julia Verlinden (Lüneburg KV); Ingrid Nestle (Kiel KV); Britta Haßelmann (Bielefeld KV); Ekin Deligöz (Neu-Ulm KV); Dieter Janecek (München KV); Karin Schmitt-Promny (Aachen KV); Renate Künast (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Bernd Steinhoff (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Michael Merkel (Bochum KV); Hans Bischoff (Bochum KV); Ronja Buschmann (Bochum KV); Sophie Harper (München KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Tjark Melchert (Gifhorn KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Christoph Kühl (KV Leverkusen); Svenja Künstler (Berlin-Mitte KV)

Breiter und fachlicher Diskussions- und Arbeitsprozess Einsatz onlinegestützter Entscheidungsverfahren bei Bündnis 90/Die Grünen

42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in: Malte Spitz (Unna KV)
Tagesordnungspunkt: S Satzung

- 1 Für die Vorbereitung der grundsätzlichen Debatte zum Einsatz onlinegestützter
- 2 Entscheidungsverfahren bei Bündnis 90/Die Grünen, wird ein breiter und fachlicher
- 3 Diskussions- und Arbeitsprozess vom Bundesvorstand unter Einbeziehung der
- 4 Bundesgeschäftsstelle, der zuständigen Bundesarbeitsgemeinschaften und der Netzbegründung
- 5 (Verein für GRÜNE Netzkultur) und weiterer Expertise, initiiert. Die Diskussion soll sowohl
- 6 politische, rechtliche und technische Voraussetzungen für onlinegestützte
- 7 Entscheidungsverfahren klären und den Diskussionsprozess dokumentieren und eine
- 8 Empfehlung
- 8 den zuständigen Gremien in einer Stellungnahme mitteilen.

Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

Der BDK liegt ein vertagter Antrag zur Änderung der Urabstimmungsordnung vom Länderrat vom 30. September 2017 vor. Auf Grund der aktuellen Situation nach dem Ende der Sondierungsgespräche, bringen wir diesen Antrag ein, um der BDK die Möglichkeit zu geben statt einer Beschlussfassung über diese Frage, einen Arbeitsprozess zum Thema onlinegestützte Entscheidungsverfahren zu starten. Die Antragsfrist konnte nicht eingehalten werden, da der Ausgang der Sondierung erst kurzfristig feststand und damit zusätzlich Zeit für die Diskussion dieses Themas besteht.

weitere Antragsteller*innen

Richard Ralfs (Rhein-Sieg KV); Margarete Prowe (Hamburg-Altona KV); Ulrich Bock (Mayen-Koblenz KV); Christian Tramnitz (Hochtaunus KV); Carsten Werner (Bremen-Mitte KV); Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Thomas Künstler (Berlin-Mitte KV); Sara Nanni (Münster KV); Mathias Schindler (Potsdam KV); Thomas von Sarnowski (Ebersberg KV); Jan Philipp Albrecht (Wolfenbüttel KV); Martin Scheuch (Berlin-Kreisfrei KV); Heiko Wundram (Celle KV); Thomas Schäfer (Bremerhaven KV); Wolfram Bartussek (Darmstadt KV); Markus Drenger (Darmstadt KV); Konstantin von Notz (Herzogtum Lauenburg KV); Michael Gerr (Würzburg-Stadt KV); Jörn Pohl (Kiel KV); Patrick Hanft (Hamburg-Altona KV); Moritz Duge (Hamburg-Wandsbek KV); Stefan Christoph (Regensburg-Stadt KV); Joris Mocka (Rhein-Kreis-Neuss KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Verena Osgyan (Nürnberg-Stadt KV); Michael Stehling (München KV); Heiko Lammers (Hamburg-Nord KV); Holger Gundlach (Hamburg-Wandsbek KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Robert

Helling (München KV); Corinna Kastl-Breitner (Neustadt-Weinstraße KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Philipp Zeller (Halle KV); Torsten Leveringhaus (Darmstadt-Dieburg KV); Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV); Helge Wilker (Hannover RV); Angela Rühle (Frankfurt KV); Johanna Meier (Hamburg-Altona KV); Tabea Rößner (Mainz KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Levin Velt (Halle KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Marion Gehrke (Harburg-Land KV); Dominik Ach (Donau-Ries KV)

Kein Abholzen des Hambacher Waldes durch RWE Tagebau Hambach



42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in: Oliver Krischer (Düren KV)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

- 1 Nachdem das Verwaltungsgericht Köln am Freitag eine Klage der Umweltschutzorganisation
- 2 BUND
- 3 abgewiesen hat, droht schon ab dem Wochenende die weitere und unwiederbringliche
- 4 Zerstörung
- 5 des zehntausende Jahre alten und naturnahen Hambacher Waldes im Rheinischen
- 6 Braunkohlerevier. Der RWE-Konzern und die schwarz-gelbe NRW-Landesregierung hatten zuvor
- 7 ein
- 8 Vergleichsangebot des Gerichts zurückgewiesen, die Rodungen auszusetzen bis in Berlin über
- 9 einen Kohleausstieg entschieden ist. Es ist nämlich die groteske Situation eingetreten, dass
- 10 RWE den Wald roden und damit Fakten schaffen will, obwohl die Fläche nach der Abschaltung
- 11 von Kohlekraftwerken gar nicht mehr zur Kohleförderung benötigt wird.
- 12 Wir fordern RWE und die schwarz-gelbe Landesregierung auf, die Rodungen auszusetzen, bis
- 13 über den Kohleausstieg auf Bundesebene in einer neuen Bundesregierung entschieden ist. Die
- 14 Abschaltung von 7 Gigawatt (GW) Kraftwerksleistung, wie sie CDU/CSU in den Jamaika-
- 15 Sondierungen angeboten haben und die CDU in ihrer Rede zu unserem Antrag ‚Klimakonferenz
- 16 in
- 17 Bonn – Schneller Ausstieg aus der Kohle ist jetzt nötig‘ (Bundestags-Drucksache 19/83) als
- 18 Untergrenze für den Einstieg in den Kohleausstieg für jede neue Bundesregierung bezeichnet
- 19 hat, machen die weitere Rodung des Hambacher Waldes überflüssig.
- 20 Ein Stopp der Rodungen wäre auch ein wichtiges Signal der Deeskalation des Großkonflikts um
- 21 die weitere Kohleförderung in Rheinischen Braunkohlerevier. Die weitere Rodung auf dem
- 22 Rücken der Polizei durchzusetzen, obwohl der Wald für die Kohleförderung gar nicht in
- 23 Anspruch genommen werden muss, ist klima- und umweltpolitisch absurd und niemanden mehr
- 24 zu
- 25 vermitteln.

Begründung

Begründung der Dringlichkeit: Nach Antragsschluss - am Freitag (24.11.) - hat das Verwaltungsgericht Köln die Klage des BUND abgewiesen. Nun droht das Abholzen der Bäume im Hambacher Wald. Mit unserem Dringlichkeitsantrag wollen wir ein klares Zeichen von der BDK an die Verantwortlichen senden.

weitere Antragsteller*innen

Mona Neubaur (Düsseldorf KV); Annalena Baerbock (Potsdam KV); Wibke Brems (Gütersloh KV); Julia Verlinden (Lüneburg KV); Ingrid Nestle (Kiel KV); Britta Haßelmann (Bielefeld KV); Ekin Deligöz

(Neu-Ulm KV); Dieter Janecek (München KV); Karin Schmitt-Promny (Aachen KV); Renate Künast (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Bernd Steinhoff (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Michael Merkel (Bochum KV); Hans Bischoff (Bochum KV); Ronja Buschmann (Bochum KV); Sophie Harper (München KV); Leander Hirschsteiner (München KV); Tjark Melchert (Gifhorn KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Christoph Kühl (KV Leverkusen); Svenja Künstler (Berlin-Mitte KV)